

Das Netz als politisches Kampf- und Konfliktfeld

Einleitung zum Schwerpunkt

von Anna-Katharina Meßmer, Christina Schildmann und Stefan Stache¹



Foto: Arcansél © – fotolia.com

Kürzlich wurde eine Sequenz im Internet viral, deren Unterhaltungswert nicht vom Ernst des Themas ablenken sollte. Vertreter von Facebook, Google und Twitter waren vom US-Senat vorgeladen, um sich zu einer mutmaßlichen russischen Einflussnahme auf die US-Präsidentschaftswahl 2016 über ihre Plattformen zu äußern. Der demokratische Senator Chris Coons fragte den Justiziar von Facebook ungläubig, warum Facebook elf Monate gebraucht habe, sich zu melden und ihnen beim Verstehen des Ausmaßes dieses Problems zu helfen. Warum sei ein Unternehmen, hakte Coons nach, dessen Geschäftsmodell darauf basiere, Daten zu sammeln und auszuwerten, das also die bes-

ten Datenanalysten der Welt beschäftige, nicht in der Lage, eins und eins zusammenzuzählen? Warum seien Wahlspots gegen Hillary Clinton, die in Rubel bezahlt wurden, nicht als mögliche russische Einmischung in den amerikanischen Wahlkampf identifiziert worden? Das sei nicht so eindeutig, antwortete der Justiziar – die Chefs der Plattformen waren gar nicht erst angereist, um Stellung zu beziehen.

Diese Episode ist ein eindrückliches Beispiel dafür, wie sehr digitale Öffentlichkeiten zu „Orten“ wie „Gegenstand“ politischer Aushandlungsprozesse geworden sind – auch wenn sich Plattformbetreiber dabei gern als „neutrale“ Akteure verstehen. „Das Internet“, schreibt Ulrich Dolata, „ist ist zu einer wesentlichen infrastrukturellen Grundlage sozialen Handelns und Verhandeln geworden und eröffnet kollektiven Formationen der unterschiedlichsten Art neue Artikulations- und Aktivitätsmöglichkeiten. (...) Zusammengehalten und geprägt werden diese sehr unterschiedlich ausgerichteten kollektiven Äußerungsformen und Handlungsmöglichkeiten im Netz in den meisten Fällen durch

¹ Dr. Anna-Katharina Meßmer ist Leiterin der Geschäftsstelle des Forschungsinstituts für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW). Zuvor war sie als Lead Strategic Development für die strategische Partnerentwicklung und Sales bei dem Meinungsforschungs-Startup Civey zuständig. Als Wissenschaftlerin verantwortete Meßmer beim Institut für Medien- und Kommunikationspolitik und an der Ludwig-Maximilians-Universität München verschiedene Forschungsprojekte zu politisch-gesellschaftlichen Fragestellungen.

Christina Schildmann, Jahrgang 1973, ist Leiterin des wissenschaftlichen Sekretariats der Kommission „Arbeit der Zukunft“ der Hans-Böckler-Stiftung und Mitglied der Sachverständigenkommission der Bundesregierung zur Erstellung des 2. Gleichstellungsberichts sowie Mitglied der SPD-Grundwertekommission.

Stefan Stache ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover.

eine überschaubare Anzahl an Plattformen und Infrastrukturdiensten, die von wenigen weltweit agierenden Technologieunternehmen – vor allem Google, Facebook, Amazon und Apple – betrieben und entwickelt werden. Diese Konzerne prägen nicht nur wesentliche Märkte des kommerziellen Internets. Sie sind darüber hinaus die wesentlichen Gatekeeper und Kuratoren des individuellen und kollektiven Austauschs im Netz, strukturieren mit ihren Angeboten die Kommunikations- und Aktivitätsmuster ihrer Nutzer und verfügen mittlerweile über eine weitreichende infrastrukturelle und regelsetzende Macht, die deutlich über marktbeherrschende ökonomische Positionen hinausreicht.“ (Dolata / Schrape 2017, S. 1) Christoph Bieber et al. wiesen schon 2009 auf die „Ambivalenz von Chancen egalitärer Kommunikation und Risiken ökonomischer Verwertungszwänge“ hin (Bieber et al. 2009).

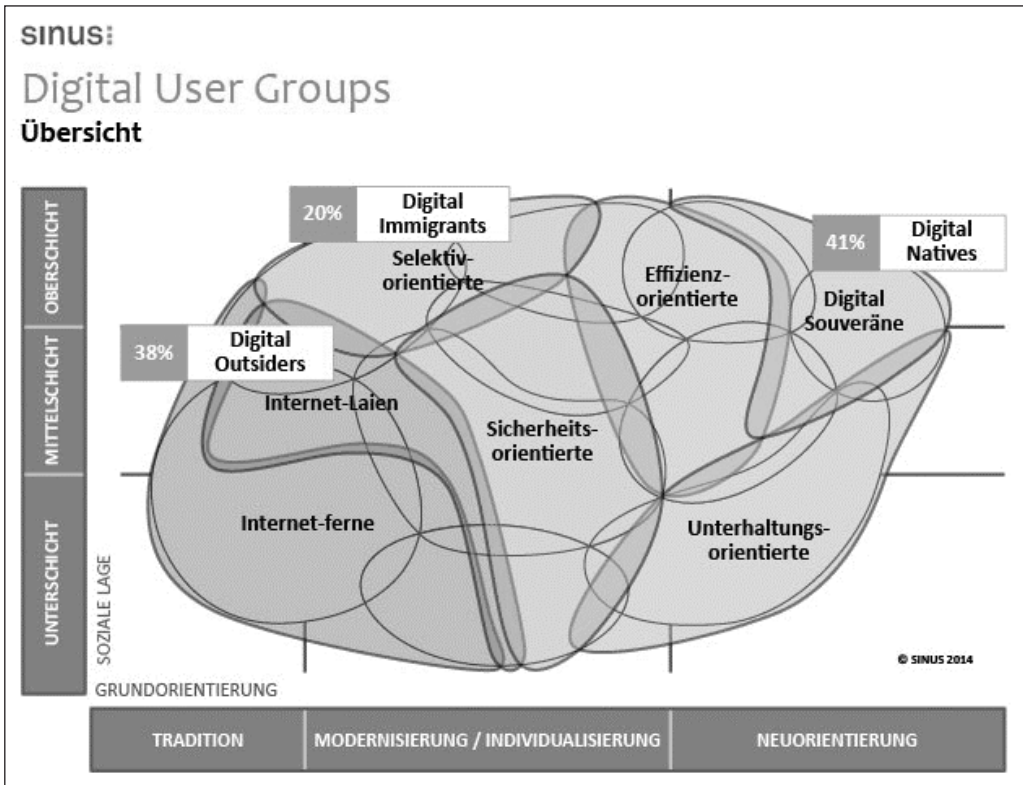
Und so stellt das Internet als mediale Infrastruktur Demokratie gleich mehrfach vor neue Herausforderungen. Gab es zu Beginn der 2000er Jahre vor allem eine Auseinandersetzung zwischen Netzeuphoriker/innen, die durch das Internet einen Strukturwandel der Öffentlichkeit 2.0 erhofften, und Netzskeptiker/innen, die vor allem anonyme und rechtsfreie Räume witterten, scheinen beide Seiten inzwischen die Phase der Realität erreicht zu haben: Netzskeptiker/innen nutzen digitale Plattformen für ihren Wahlkampf und chatten per WhatsApp mit Freund/innen, Familie und Geschäftskontakten, Netzeuphoriker/innen kämpfen gegen Fake News und Hate Speech und sprechen sich für eine härtere Regulierung von Plattformbetreibern aus.

Netze sind weder per se gut noch böse, sie fördern weder zwingend solidarische noch autoritäre Praxis. Vielmehr sind sie menschengemachte kulturelle Artefakte von Gesellschaften und (re)produzieren immer auch gesellschaftliche (Ungleichheits-)Strukturen. So bietet das Internet neue Möglichkeiten zu sozialer und politischer Teilhabe, doch sind aufgrund der „digitalen Spaltung“ davon oftmals gerade diejenigen ausgeschlossen, die auch sonst schwerer Zugang zu politischen Öffentlichkeit haben. Nicht alle sozialen Gruppen und Mili-

eus partizieren gleichermaßen und auf gleiche Weise im Netz. So unterscheidet zum Beispiel das Meinungsforschungsinstitut Sinus sieben Nutzer/innen-Gruppen. Die „Digital Natives“ teilen sich in Effizienzorientierte, digital Souveräne und Unterhaltungsorientierte, die „Digital Immigrants“ in Selektiv- und Sicherheitsorientierte und die „Digital Outsiders“ in Internet-Laien und Internet-ferne.

Wer also wird gehört und gesehen? Wer kann das Netz überhaupt virtuos und souverän nutzen – etwa um Agendasetting zu betreiben? Wer aber bleibt stumm und unsichtbar? Warum schlagen die Empörungswellen im Netz hoch zu Einwanderung und Feminismus, nicht aber zu Kinderarmut oder der Ausbeutung von Kurierfahrern bei Amazon?

Zwar bietet das Internet sozialen Bewegungen und kritischen Organisationen erweiterte Handlungsmöglichkeiten, doch gilt dies für die Mobilisierungserfolge der Kampagnen von Bernie Sanders und Jeremy Corbyn ebenso wie für den Erfolg von Donald Trump. So bietet das Internet offene Kommunikationsräume für marginalisierte Stimmen, Gegenöffentlichkeiten und Graswurzelbewegungen, doch sind diese keineswegs linken Akteur/innen vorbehalten, was das aktuelle Erstarken der sogenannte Alt-Right Bewegung ebenso zeigt wie die geschickte Nutzung digitaler Öffentlichkeiten durch rechtspopulistische Parteien. Das Netz ist zugleich Ort der Aufklärung und des faktengesättigten Disputs wie digitaler Abwurfraum für Nebelkerzen und Brutstätte von Verschörungstheorien. „Post-truth“ nennen das die einen, „post-fact“ die anderen: „Es ist dabei weniger ein Kampf um Wahrheit oder Lüge, es geht mehr darum, die Frage nach der Wahrheit grundsätzlich zu vermeiden und die Diskussion im Raum des Raunens zu halten“, schrieb Georg Diez auf Spiegel Online am 12.11.2017: „Wenn es darum geht, reale Vorwürfe, reale Vorgänge, reale Vergehen aufzudecken, zu beschreiben oder zu beheben, dann ist es das Leichteste, die Diskussion zu zerstören, indem man ‚Wolf‘ schreit. Oder ‚Hexenjagd‘. Oder ‚The biggest crowd ever‘. Oder ‚Totalitarismus‘.“ Im Kampf gegen Nebelkerzen und Fake News laufen die Kämpfer/innen gegen das Reaktionäre und ge-



gen die neuen und alten Rechten zugleich Gefahr, sich als Gralshüter der reinen Wahrheit zu generieren und sich damit immer stärker dem Vorwurf der Abgehobenheit und der selbstempfundene moralischen Überlegenheit auszusetzen – eine kommunikative Gratwanderung.

Dass die Revitalisierung der Demokratie, wie sie noch vor einigen Jahren erhofft wurde, nicht in der erwarteten Form Einzug gehalten hat, liegt nicht allein in den heute so viel bescholtenen Falschnachrichten und Social Bots begründet. Vielmehr braucht es – gerade auch aus linker Perspektive – eine kritische Auseinandersetzung mit den ökonomischen Logiken der Plattformen, die die Spielregeln für digitale Kommunikation festlegen. Die Mechanismen der kommerziellen Seite des Web 2.0 folgen dem Prinzip ökonomisch-technologischer Indikatoren wie Key Performance Indicators, Conversion Rates, Klicks und damit letztendlich dem Prinzip maximaler Aufmerksamkeitssteigerung, was wiederum Radikalisierungstendenzen befördert. Verschwörungstheorien und

Falschnachrichten leben nicht nur von Filterbubbles oder Echokammern, sondern auch von ihrem Reiz des Extremen und damit von ihrer Klickbarkeit. Und nichts klickt so gut wie Wut.

Unter diesen Umständen stellt sich mehr denn je die Frage: Wie kann der Raum für konstruktiven Diskurs (zurück)erobert werden? Was könnte Demokratie in Zeiten digitaler Infrastruktur im besten Sinne bedeuten? Und mit welchen Strategien können sich Stimmen aus dem Mitte-Links-Spektrum Gehör verschaffen? Auch müssen sich politische Akteur/innen und Aktivisten/innen immer wieder kritisch hinterfragen, ob sich die Reichweite, Resonanz, Relevanz und Durchschlagskraft ihrer Kampagnen an der Zahl der Likes bei Facebook messen lassen bzw. ob sich ihre Botschaften in der Filterbubble versenden.

In diesem Schwerpunkt wird es nicht gelingen, all diese Fragen zu beantworten oder auch nur in all ihren Konsequenzen zu diskutieren. Dennoch möchten wir eine Annäherung wa-

gen und das Netz als politische Kampf- und Konfliktarena kartieren. Es geht uns um den Versuch, die Erscheinungsformen und Logiken der politischen Auseinandersetzung im Netz zu analysieren – theoretisch, aber auch anhand von konkreten Beispielen. Die Schlüsse, die politische Akteure/innen daraus ziehen können, liegen durchaus nicht einfach auf der Hand – doch hoffen wir, mit unserem Schwerpunkt Stoff zu liefern für ein weiteres Nachdenken darüber, wie kommunikative Strategien aussehen können und welche netzpolitischen Handlungsmöglichkeiten wie Notwendigkeiten sich aus der gegenwärtigen (politischen) Situation ergeben.

Kathrin Ganz erklärt in einem Interview, warum viele Linke im Hinblick auf soziale Medien eher Spätzügler sind und zeigt zugleich am Beispiel von Indymedia auf, dass sich durchaus auch linke soziale Bewegungen (in diesem Fall Globalisierungskritiker/innen) das Internet bereits Ende der 1990er-Jahre angeeignet haben. Auch erläutert sie, warum das Internet gerade für marginalisierte Gruppen heute nach wie vor wichtig ist, um sich zu organisieren, eine gemeinsame Sprache zu finden, sich als Gruppe artikulieren zu können und sich so in einer breiten Öffentlichkeit mit den eigenen Anliegen Gehör zu verschaffen. Anhand des Hashtags #pflegestreik zeigt Ganz außerdem, wie sich Pflegekräfte, Patient/innen und Angehörige auf Twitter solidarisierten, um gemeinsam gegen ein unterfinanziertes und privatisiertes Gesundheits- und Pflegesysteme zu protestieren. Und sie beschreibt anhand der Occupy-Bewegung, wie Protest auf der Straße und die digitale Öffentlichkeit zusammenwirken. Abschließend analysiert die Politikwissenschaftlerin Strategien rechtspopulistischer Akteur/innen im Internet und skizziert mögliche Gegenstrategien.

Gerret von Nordheim verbindet in seinem Beitrag wissenschaftliche Befunde zur Verstärkung von kognitiven Dissonanzen, Bestätigungsfehlern und Gruppenpolarisierung im Netz mit einem kritischen demokratie- und medienpolitischen Ansatz. Dabei greift er auf einen Begriff zurück, den die Kommunikationswissenschaftler/innen Wolfgang Donsbach und Anne-Marie Brade 2011 geprägt haben: Sie

beschreiben den Zerfall demokratischer Öffentlichkeiten als „Weimar 2.0-Syndrom“. Gemeint ist das Spannungsverhältnis zwischen Vielfalt und ideologischer Fragmentierung. Getrieben von gesellschaftlichen Ungleichgewichten und katalysiert durch soziale Medien und Suchmaschinen, die ein weit verzweigtes Höhlensystem anlegen, zeige sich hier das Gegenbild zum Forum Romanum einer deliberativen Öffentlichkeit. Angesichts des Zerfalls des digitalen Diskursraums in kleinste Teilöffentlichkeiten fragt sich von Nordheim: Wie lässt sich unter diesen Vorzeichen überhaupt gesellschaftlicher Austausch realisieren? Am Beispiel der medialen Verbreitung von „Informationen“ über den Amoklauf des 18-Jährigen Schülers David S. in München 2016 beschreibt er mit Hilfe einer Netzwerkanalyse die Mechanismen der Kommunikation in den sozialen Netzwerken als ein „Narrativ von Elitenversagen und Fremdenfeindlichkeit“.

Garren G. Lilleker und *Daniel G.B. Weissmann* von der Universität Bournemouth geben in ihrem Beitrag einen spannenden Einblick in den Online-Wahlkampf der britischen Labour-Party. Sie beschreiben, welche Rolle die Grassroot-Bewegung dabei spielte, Jeremy Corbyn als Kandidaten zu etablieren und bei der Wahl, wenngleich nicht zu gewinnen, so doch einen beachtlichen, unerwarteten Erfolg zu erzielen. Sie analysieren das Zusammenspiel der unterschiedlichen linken Internetplattformen wie *Momentum* und *The Canary* ebenso wie die Verzahnung der Plattformaktivitäten mit dem offiziellen Wahlkampf. Ihr Fazit gibt Hoffnung, dass eine Wiederbelebung demokratischer Aushandlungsprozesse über das Internet möglich ist: „Die Pro-Corbyn-Kampagne scheint es geschafft zu haben, ein seit langem bestehendes Defizit im demokratischen Prozess überwunden zu haben und einer Bevölkerungsgruppe eine Stimme gegeben zu haben, die sich bis dato weder für Politik, geschweige denn für Wahlen interessiert hatte.“

Felix Kolb und *Tina Hayessen* von Campact erklären unter der Fragestellung „Wie funktioniert das Netz als Raum für kritische Kampagnen von unten“, wie aus ihrer Perspektive ihre Organisation als „Demokratie-Verstärker“

wirkt und es gelang, hunderttausende Menschen für ein sperriges Thema wie Handelspolitik auf die Straße zu bringen – und was das mit dem Internet zu tun hat. Die Anti-TTIP-Bewegung, so die beiden Autor/innen, „war vermutlich die erste Bewegung in Deutschland, die es ohne die Möglichkeiten des Internets für Protest und Mobilisierung nicht gegeben hätte“. Eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung habe ernüchtert festgestellt, dass es der Anti-TTIP-Bewegung deutlich besser gelungen sei, das Potenzial der Online-Kommunikation zu nutzen als den TTIP-Befürwortern. Der Beitrag von Kolb und Kayessen bietet einen interessanten Einblick in die Arbeitsweisen und Herangehensweisen von Campact und zeigt anschaulich die Möglichkeiten und Grenzen linker Kampagnen im Netz auf. Auch verdeutlicht er, dass ohne den Protest auf der Straße – zumindest als Drohkulisse – jeder Online-Appell verpufft.

In diesem Schwerpunkt soll es nicht nur darum gehen, zu analysieren, wie auf Plattformen Politik gemacht wird, vielmehr wollten wir auch diskutieren, was Plattformpolitik bedeutet. Dazu muss man zunächst, so schreibt *Michael Seemann*, begreifen, dass Plattformen nicht nur Gegenstand von Regulierung sind, sondern selbst mächtige politische Akteure, Staaten ähnlich, die ebenso wie demokratisch gewählte Regierungen Legitimität durch kollektive Entscheidungen generieren, wenngleich auf andere Weise. Viele Politiker, so Seemann weiter, hätten zwar begriffen, dass Plattformen unheimlich mächtig sind, doch verstünden sie diese Macht nicht. Darum würden die Maßnahmen, die sie zur Regulierung in Erwägung zögen (also diejenigen aus dem „Rezeptbuch der Regulierung“), die enorme Macht der Plattformen nicht eindämmen, sondern vielmehr vergrößern. Um zu überleben, müssten Staaten selber zu Plattformen werden, oder, so sein Fazit: Plattformen müssen mehr wie Staaten werden und Staaten mehr wie Plattformen.

Björn Böhning und *Marc Jan Eumann* wenden sich im Schlusstext des Schwerpunkts der Fragestellung von Vielfalts- und Qualitätssicherung im „Internet als Universalmedium“ zu und kartografieren zentrale Handlungsfelder. Gerade der Diskurs über Qualität im Netz sei

„toxisch“, da er stets Hand in Hand gehe mit dem Vorwurf der Zensur gleichzeitig sei das Internet heiß umkämpfter Raum der wirtschaftlichen Interessen als auch der Meinungs- und Manipulationsvielfalt. Das Internet ist als Informationsquelle laut einer Bitkom-Studie von September 2017 genauso wichtig wie Tageszeitungen. Killt das Fakenews-durchwaberte Internet also Print – steht das Zeitalter der totalen Desinformation bevor? Keineswegs, zumindest nicht zwangsläufig, erklären die Autoren. In ihrem Beitrag ordnen sie Befunde zur Medienlandschaft ein, zeigen aktuelle Entwicklungen im Ökosystem Journalismus auf und machen konkrete Vorschläge, wie man Qualitätsjournalismus im Netz intelligent befördern kann.

Die Beiträge des Schwerpunkts verdeutlichen, wie die spezifischen Logiken des Internets solidarische, aber auch autoritäre politische Praxis mobilisieren oder dynamisieren können. Für die politische Linke ist entscheidend, diese Logiken zu verstehen und ihre Möglichkeiten zu nutzen, sie aber auch im Sinne der partizipativen Demokratie zu verschieben. ■

Literatur

- Bieber, Christoph / Eifert, Martin / Groß, Thomas / Lamla, Jörn (Hrsg., 2009): Soziale Netze in der digitalen Welt. Das Internet zwischen egalitärer Teilhabe und ökonomischer Macht.
- Dietz, Georg: Hauptsache, es ist laut und krass, Spiegel-Online / 12.11.2017: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/sexismus-debatte-reaktionaere-gegenbewegung-zu-metoo-a-1177606.html>, abgerufen am 9.12.2017.
- Dolata, Ulrich / Schrape, Jan-Felix (Hrsg., 2017): Kollektivität und Macht im Internet: Soziale Bewegungen – Open Source Communities – Internetkonzerne.